

Tarifrunde Öffentlicher Dienst '98: Gegen Stellenabbau und Lohnverzicht - Streik jetzt !

Bundesinnenminister Kanther hat die Konsequenzen aus der bisherigen Politik der ÖTV-Führung gezogen. Nach dem Einfrieren des Weihnachtsgeldes, Lohnverzicht und flexibilisierten Arbeitszeiten stellt Kanther seinen Forderungskatalog für die diesjährige Tarifrunde im Öffentlichen Dienst vor. Dieser enthält unter anderem: Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitszeitverlängerung, eine weitere Nullrunde, Einschränkungen bei der Alterszusatzversorgung und Einführung von Öffnungsklauseln im Flächentarifvertrag. Als Begründung wird angegeben, daß durch die so erreichte Personalkostensenkung der Druck von sonst anstehenden Rationalisierungen und Entlassungen genommen wäre. Mit anderen Worten: Beschäftigungssicherung durch Lohnverzicht und Flexibilisierung. Gerade bei der Beschäftigungssicherung sieht Kanther „Gemeinsamkeiten“ mit der ÖTV-Führung (Handelsblatt vom 16.01.98). Was von solchen Gemeinsamkeiten zu halten ist, wurde in den vergangenen fünf Jahren deutlich: Die Tarifabschlüsse in den vergangenen Jahren im Öffentlichen Dienst haben unterhalb des Durchschnitts der gewerblichen Wirtschaft gelegen. Trotzdem haben die öffentlichen Arbeitgeber von 1992 bis 1996 eine halbe Million Stellen abgebaut. Lohnverzicht und anderweitige Tarifzugeständnisse sichern

und schaffen erst recht keine Arbeitsplätze. Statt sich auf die Erpressungsloskel 'Beschäftigungssicherung' einzulassen, muß die ÖTV in die Offensive gehen. Wer Steuer geschenke an die Reichen verteilt und profitabile Großkonzerne wie Siemens subventioniert, der braucht nicht über leere Staatshaushalte jammern. Somit braucht auch die ÖTV-Führung nicht in das Geheule einstimmen, sondern muß die geballte Kampfkraft der Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Statt leerer Versprechungen sind Tarifverträge vonnöten, die die bisherigen Tarif-Zugeständnisse zu Lasten der Beschäftigten und der Nutzer des Öffentlichen Dienstes beseitigen. Um dies zu erreichen und um den Flächentarifvertrag zu verteidigen, braucht es flächendeckende Gegenwehr, braucht es einen Vollstreik im Öffentlichen Dienst! Um dies zu erreichen, braucht es Forderungen, für die es sich wirklich lohnt zu kämpfen, die eine echte Verbesserung für die Kolleginnen und Kollegen bringen. Es kann hierbei nicht um 'beschäftigungssichernde Maßnahmen' in einem Gesamtvolumen von 4,5% gehen, wobei sich DAG- und ÖTV-Führung eine allgemeine Einkommenserhöhung in Höhe der Preissteigerungsrate (ca.1,9%) vorstellen. Also bestenfalls wieder eine reale Nullrunde!

Aus diesen Gründen stellen wir folgende Forderungen zur Diskussion:

- **Sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**
- **Lohnerhöhung von 500 DM monatlich für alle!**
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West!**
- **Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf das Alter von 55 Jahren!**
- **Rücknahme aller bisherigen Verschlechterungen im Öffentlichen Dienst!**
- **Verteidigung des Flächentarifvertrages und der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall!**
- **Demokratische Kontrolle und Verwaltung des Öffentlichen Dienstes durch die Beschäftigten und Nutzer!**

In den Betriebsgruppen, den Betriebsversammlungen, den Vertrauensleutekonferenzen und sonstigen Untergliederungen der ÖTV und DAG sollten diese Forderungen eingebracht, diskutiert und abgestimmt werden. Schließlich gilt immer noch: Nur wer kämpft, kann gewinnen - wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Konkret bedeutet das:

Vollstreik im Öffentlichen Dienst!

Wie realistisch sind nun aber diese Forderungen und ihre Durchsetzung? Beispiele sollen das verdeutlichen: 1. In einem Kasseler VW-Werk gelang kämpferischen Vertrauensleuten gegen den Willen der IG Metall - Führung, die Forderung nach einer einmaligen Zusatzzahlung von 2500 DM an die Kolleginnen und Kollegen als offizielle Forderung der IG Metall durchzusetzen. Nun diskutieren auch andere Metallbetriebe in anderen Orten diesen Vorstoß. Die Durchsetzung derartiger Forderungen innerhalb der Gewerkschaften ist der erste Schritt für deren Verwirklichung. 2. Durch Streiks und Blockadeaktionen setzten die LKW-Fahrer in Frankreich die Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf das Alter von 55 Jahren durch. 3. Zur Zeit ist die Regierung in Frankreich gezwungen über die gesetzliche Einführung der 35-Stundenwoche im Parlament beraten zu lassen. Diese Entwicklung reicht auf die Massenproteste von 1996 zurück. Der Öffentliche Dienst in Frankreich beteiligte sich damals mit einem Vollstreik daran. 4. Die erfolgreiche Abwehr der Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in der Metallindustrie durch spontane Massenstreiks 1997 „von unten“, dürfte noch in guter Erinnerung sein.

Ferner zeigen die massiven Arbeitslosenproteste in Frankreich die Not großer Bevölkerungsteile aufgrund der Arbeitsmarktsituation. Auch in Deutschland haben diese Proteste eingesetzt. Nun verkaufen die Gewerkschaftsführungen Lohnzurückhaltung und Flexibilisierung der Arbeitszeit als solidarisches Handeln zugunsten der Arbeitslosen. Doch reale Solidarität kann nur dann real erfahrbar werden, indem die Kolleginnen und Kollegen für eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und für den Zwang kämpfen, daß die Arbeitgeber diese Arbeitszeitverkürzung durch neues Personal voll ausgleichen. Damit würde auch einer Arbeitsverdichtung und einer zunehmenden Arbeitshetze von vornherein entgegengewirkt. Der DGB hat berechnet, daß allein im Öffentlichen Dienst bei Verkürzung der Wochenarbeitszeit um nur eine Stunde rund 135000 neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Dazu müssen dann aber auch die öffentlichen Arbeitgeber tarifvertraglich verpflichtet werden. Auf diese Art und Weise könnte auch der Ausbildungsmisere in Deutschland ein Ende gesetzt werden, neue Ausbildungsplätze geschaffen und diese Azubis auch übernommen werden.

Nicht zuletzt bedeutet ein erfolgreicher Vollstreik im Tarifkampf die beste Grundlage für den Stopp und die Rücknahme der Privatisierungsmaßnahmen im Öffentlichen Dienst!

Wer wir sind und was wir wollen:

Die Sozialistische Alternative (SAV) kämpft konsequent gegen jegliche Form der Privatisierung, verteidigt die sozialen Errungenschaften, die sich die Beschäftigten in Deutschland erkämpft haben, und tritt für die Selbstorganisation von Jugendlichen, Arbeitslosen und Arbeitnehmern und für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei ein. Wir haben die undemokratischen „staatssozialistischen“ Regime des Ostens stets genauso abgelehnt, wie das rein profitorientierte und ebenso undemokratische System der kapitalistischen Gesellschaften des Westens. Die SAV steht für ein System der Arbeiterdemokratie, in dem die gesamte Wirtschaft vergesellschaftet und unter die demokratische Kontrolle und Planung der Beschäftigten und Konsumenten gestellt ist.

Treffen der Ortsgruppen der SAV:

-**Tiergarten-Wedding:** jeden Mittwoch, 19.00 Uhr im Links-Treff Wedding, Weddingstraße 6 (Nähe U-Bhf. Wedding oder Nauener Platz)

-**Treptow-Köpenick-Neukölln:** jeden Mittwoch, 19.00 Uhr in der alten Feuerwache, Grünauer Str.9 (Nähe S-Bhf. Schöneweide)

-**Pankow-Prenzlauer Berg:** jeden Montag, 19.00 Uhr im Kiezclub, Jablonskistraße 27 A (Nähe S-Bhf. Prenzlauer Berg)

Interessierte sind herzlich eingeladen!

SAV-Berlin: Schönhauser Allee 26a, Tel/Fax: 4408429

Kontakt, Infos und V.i.S.d.P.: Sonja Engelhardt, SAV - Wedding/Tiergarten; Tel: 3934481